

Die Krise der Arbeitsgesellschaft 1973 bis 1989

Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext. Eine Sektion des 47. Deutschen Historikertags vom 30. September bis zum 3. Oktober 2008 in Dresden

1. Das Thema

Mit dem Ölpreisschock des Jahres 1973 endete in Europa nicht nur der „kurze Traum immerwährender Prosperität“¹, sondern es kehrte auch ein Gespenst ins Bewußtsein von Politik und Öffentlichkeit zurück, das man bereits endgültig gebannt zu haben glaubte: das Gespenst der Massenarbeitslosigkeit. Waren 1973 in der Bundesrepublik Deutschland, dem wichtigsten Industriestaat der Europäischen Gemeinschaft, nur 270.000 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet, so zählte man ein Jahr später schon 580.000; 1975 wurde erstmals die Grenze von einer Million überschritten. Es zeigte sich in diesen Jahren, daß die Maßnahmen des Staates nur unvollkommen griffen und der Arbeitsmarkt zögerlich auf Wachstumsimpulse, aber dafür überaus empfindlich auf konjunkturelle Flauten reagierte. Der Sockel an Arbeitslosigkeit wurde mit jeder neuen Krise höher. So stieg die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik bis 1983 auf knapp 2,3 Millionen an und fiel trotz günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen bis zum Fall der Berliner Mauer nie mehr unter die Zwei-Millionen-Marke.

Die Beschäftigungskrise wuchs sich aufgrund der zentralen Bedeutung der Erwerbsarbeit für politische und soziale Teilhabe in wenigen Jahren zu einer Krise der Arbeitsgesellschaft aus, um einen Begriff zu gebrauchen, der Anfang der achtziger Jahre rasch Karriere machte² und die vielschichtigen Auswirkungen des Strukturwandels in westlichen Industriegesellschaften mit der verstörenden Ungleichzeitigkeit von Wachstum und fehlender Beschäftigung zu beschreiben suchte. In der Debatte um die Krise der Arbeitsgesellschaft, die auch als Ausdruck zeitgenössischer Problemwahrnehmung und gesellschaftlicher Selbstbeobachtung verstanden werden muß, flossen nicht selten wissenschaftliche Analyse und politische Stellungnahme zusammen. Regierungen, Parlamente und Verbände rangen in zuweilen stark ideologisch gefärbten Debatten um erfolgversprechende Lösungsansätze, den Königsweg aus der Misere fanden sie jedoch ebenso wenig wie die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die sich verstärkt mit Problemen des Arbeitsmarkts oder den Folgen der Arbeitslosigkeit zu befassen begannen und ihre Konzepte durch die Beratung der Entscheidungsträger auch in den politischen Prozeß einspeisten.

¹ Burkart Lutz, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M./New York 1984.

² Vgl. dazu den bekannten Sammelband von Joachim Matthes (Hrsg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*, Frankfurt a. M./New York 1983.

Bei allen Divergenzen in Einzelfragen war man sich darüber einig, daß die Stellung im Erwerbsleben als „die wohl wichtigste Determinante sozialer Ungleichheit“ gelten muß³. Ein stabiles, möglichst gut bezahltes Beschäftigungsverhältnis eröffnet den Zugang zu materiellem Wohlstand, ermöglicht die Anhäufung von gesellschaftlichem Kapital und ist – vor allem in der Bundesrepublik mit der engen Koppelung der sozialen Sicherungssysteme an den Faktor Arbeit – Voraussetzung für den ungeschmäleren Zugang zu den Leistungen des Wohlfahrtsstaates. Arbeitslosigkeit hingegen beschränkt Lebenschancen, vermindert Handlungsoptionen, bedroht den gesellschaftlichen Status und birgt die Gefahr, an den Rand des Gemeinwesens gedrängt zu werden. Andauernde Arbeitslosigkeit verbunden mit bestimmten Risikofaktoren (beispielsweise Geschlecht, Migrationshintergrund, Alter, Krankheit) verstärkt die Gefahr der Ausgrenzung und führt zu einer Fragmentierung der Arbeitslosen als sozialer Gruppe, denen es so noch weniger gelingt, sich im Konzert der organisierten Interessen Gehör zu verschaffen. Wer also von sozialer Ungleichheit spricht, kann von der Arbeitslosigkeit nicht schweigen, seitdem sie in den siebziger Jahren wieder ein Massenphänomen geworden ist. Die Historiographie hat dieser Erkenntnis freilich bisher nicht Rechnung getragen; die Geschichte „der Erwerbslosigkeit und der Erwerbslosen, der Jugendarbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosen“ ist im Gegenteil nach wie vor ein Desiderat der Zeitgeschichtsschreibung⁴.

2. Zur Anlage der Sektion

Die Sektion geht auf ein aus Mitteln der Leibniz-Gemeinschaft finanziertes Projekt zurück, das 2007 vom Institut für Zeitgeschichte in enger Kooperation mit dem Münchner ifo Institut für Wirtschaftsforschung begonnen wurde und in regem Austausch mit dem Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg (Prof. Dr. Andreas Wirsching) und dem Lehrstuhl für Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte der Eberhard-Karls-Universität Tübingen (Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel) steht. Ihr Ziel ist es, die Massenarbeitslosigkeit der siebziger und achtziger Jahre zu thematisieren und ausgewählte Problemgruppen in den Blick zu nehmen. Von besonderem Interesse sind politische Strategien und Diskurse sowie auch die Erfahrungen der Arbeitslosen selbst, die zumeist nur als statistischer Wert oder als Objekt staatlichen Handelns wahrgenommen werden. Im Mittelpunkt steht die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die jedoch in den europäischen Kontext eingebettet wird, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten besser herausarbeiten zu können. Das Phänomen Arbeitslosigkeit ist zu komplex, als daß es nur mit dem methodischen Instrumentarium der Historiker erfaßt werden könnte. Daher sollen auch die Wirtschaftswissenschaften in diese Sektion einge-

³ Stefan Hradil (unter Mitarbeit von Jürgen Schiener), *Soziale Ungleichheit in Deutschland*, Opladen ⁸2001, S. 180.

⁴ Axel Schildt, *Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90*, München 2007, S. 98.

bunden werden, um die Entwicklung der Arbeitsmärkte aus ökonomischer Sicht zu beleuchten und so auch Anregungen für eine disziplinübergreifende Debatte zu geben.

Die Sektion steht unter der Leitung von *Andreas Wirsching* (Universität Augsburg) und ist folgendermaßen angelegt: Zunächst wird *Thomas Schlemmer* (Institut für Zeitgeschichte) über das Thema „Langzeitarbeitslosigkeit als Schicksal und politisches Problem. Die Bundesrepublik Deutschland und Italien im Vergleich“ sprechen. Die Langzeitarbeitslosen bildeten seit den späten siebziger Jahren den wachsenden Kern einer sozialen Schicht, deren Leben zunehmend von Deprivation und Exklusion geprägt wurde. Für die Politik war die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit daher ebenso vordringlich wie die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die *Thomas Raithel* (Institut für Zeitgeschichte) behandeln wird. Die Situation in der Bundesrepublik soll dabei in den westeuropäischen Kontext gestellt und etwa mit Frankreich verglichen werden, wo der Problemdruck erheblich höher war. *Kim Christian Priemel* (Europa Universität Viadrina, Frankfurt an der Oder) wird unter dem Titel „Überdruck. Gewerkschaften in Westdeutschland und Großbritannien zwischen Krisenmanagement, Anpassung und Absturz“ politische Konzepte und soziale Praxis der Gewerkschaften untersuchen, die durch technologische und arbeitsorganisatorische Wandlungsprozesse, die Krise am Arbeitsmarkt sowie Veränderungen im politischen Umfeld immer mehr in Bedrängnis gerieten. Dabei gestaltete sich der Spagat, die Arbeitsplätze ihrer Mitglieder zu sichern und zugleich glaubwürdige Strategien zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu entwickeln, nicht selten schwierig. Ein Vertreter des ifo Instituts schließlich wird die Ursachen für die langfristige Entwicklung der europäischen Arbeitsmärkte erläutern und dabei nach institutionellen Determinanten wie der Arbeitsmarktverfassung oder politischen Interventionen zur Regulierung der Arbeitsmärkte fragen. *Winfried Süß* (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) wird die vier Vorträge kommentieren und die Geschichte der Arbeitslosigkeit in den größeren Zusammenhang der Entwicklung von Sozialpolitik und sozialen Sicherungssystemen zwischen dem Ölpreisschock und dem Fall der Berliner Mauer einordnen.

Die Sektion ist für den 3. Oktober 2008, 15.15 Uhr bis 18 Uhr, angesetzt⁵. Eine Veröffentlichung der Beiträge ist zusammen mit den thematisch ähnlich gelagerten Referaten, die am 11./12. Juni 2008 im Rahmen eines Workshops im Institut für Zeitgeschichte gehalten wurden, für das Jahr 2009 in der IfZ-Reihe „Zeitgeschichte im Gespräch“ geplant.

Thomas Raithel
Thomas Schlemmer

⁵ Zum Programm vgl. www.tu-dresden.de/historikertag/web/index.php?option=com_frontpage&Itemid=1 (zuletzt aufgerufen am 29. 5. 2008).